

Die Ukraine soll 2027 Mitglied der EU werden. Doch wie soll das gehen?

Sicherheit in Europa Nach den bisherigen Kriterien ist eine Blitzaufnahme unmöglich. Die EU denkt nun darüber nach, das Verfahren auf den Kopf zu stellen – mit Folgen für alle anderen Kandidaten.

Dominique Eigenmann, Brüssel

Im Friedensplan, den die USA, die Ukraine und Europa derzeit mit Russland besprechen, steht, dass die Ukraine 2027 Mitglied der EU werde. Manche sagen, der 1. Januar 2027 sei als Datum vorgesehen – falls die Waffen in der Ukraine spätestens in diesem Frühsommer schweigen. So wünscht es US-Präsident Donald Trump.

Wolodymyr Selenskyj, der ukrainische Präsident, hat an der Sicherheitskonferenz in München gerade noch einmal erklärt, warum ein EU-Beitritt unerlässlich sei. Zum einen sei er Teil der Sicherheitsgarantien, die verhindern sollen, dass Russland sein Land erneut überfalle. Zum anderen sei ein festes Datum entscheidend, weil Russland die Aufnahme sonst hintertreiben werde. Die Unterschriften der USA, der Ukraine, Europas und Russlands auf dem Friedensvertrag würden diese für alle Parteien gültig festlegen.

«Eine Falle, die Trump und Putin uns gestellt haben»

Selenskyj, das ist allen bewusst, braucht den EU-Beitritt unbedingt als Erfolg, der sein Volk über schmerzliche Zugeständnisse hinwegtrösten soll: die Unmöglichkeit der Mitgliedschaft bei der Nato, die Trump verhindert, und mögliche Gebietsabtretungen, die Wladimir Putin erzwingen will.

EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen knüpft die Mitgliedschaft der Ukraine ebenfalls an die Friedensverhandlungen: Eine Aufnahme wäre eine «Sicherheitsgarantie eigener Art» für das kriegsverheerte Land, sagte sie im Januar, «zudem der entscheidende Motor für Wachstum und Wohlstand».

Zugleich sind sich in Brüssel alle bewusst, in welches Dilemma die geforderte Blitzaufnahme der Ukraine die EU stürzt. Ein hoher EU-Diplomat sagte der «Financial Times»: «Es ist eine Falle, die Trump und Putin uns



Aufeinander angewiesen: Wolodymyr Selenskyj, der Präsident der Ukraine, und EU-Kommissions-Chefin Ursula von der Leyen im August 2025 in Brüssel. Foto: Imago, Zuma Press Wire

gestellt haben – und wir gehen einfach hinein.» Andere meinen, eine Sonderbehandlung der Ukraine öffne nichts weniger als die «Büchse der Pandora».

Um die Alarmrufe zu verstehen, muss man sehen, wie die Erweiterung der Europäischen Union seit 1993 funktionierte: Normalerweise sind dafür rund zehn Jahre Reformen nötig, mit denen sich ein Kandidat den EU-Standards so weit annähert, bis

er selbst Mitglied werden kann. Die Aufnahme ist der Lohn für seine Leistung.

Als letztes Land wurde 2013 Kroatien aufgenommen. Derzeit haben neun Länder Kandidatenstatus, neben der Ukraine sind das Moldau und Georgien sowie die «ewigen sechs»: die Länder des Westbalkans sowie die Türkei. Realistische Chancen auf Aufnahme haben von diesen sechs in nächster Zu-

kunft nur zwei: Montenegro und Albanien. Nordmazedonien wartet schon seit 20 Jahren, die Türkei noch länger.

Unbestritten ist in Brüssel, dass die Ukraine keine Kandidatin ist wie die anderen. Ihre Aufnahme sei ein «geopolitischer Imperativ», sagen selbst Länder, die an der Machbarkeit der sofortigen Mitgliedschaft zweifeln. Ohne die Ukraine sei Europas Flanke gegen Russland offen,

stünden dessen Sicherheit und die der Ukraine in Gefahr.

Hinter den Kulissen wird in der EU deswegen jetzt diskutiert, wie eine Blitzaufnahme gelingen könnte. Man solle den Prozess umdrehen, so der Vorschlag: die Ukraine formal aufnehmen, aber erst mal ohne Stimmrechte und weitere Privilegien. Diese müsste sich das Land über die Jahre erst erarbeiten – wie die früheren Kandidaten.

Selenskyj lehnt eine solche «Mitgliedschaft zweiter Klasse» allerdings ab. Zudem bräuchte die EU auch für sie Einstimmigkeit – und die russlandfreundliche Regierung Ungarns hat bereits angekündigt, sie werde eine Aufnahme der Ukraine mit allen Mitteln verhindern. Hoffnungen, Viktor Orban werde im April abgewählt oder Trump könnte seinen Verbündeten zum Einlenken zwingen, sind vorerst nur das Hoffnungen.

Könnte die «Aufnahme light» Schule machen?

Führte die EU wegen Kyjiw eine abgestufte Mitgliedschaft ein, hätte das natürlich Folgen für alle anderen Kandidaten. Montenegro, fast am Ziel, lehnt eine Verwässerung seiner verdienten Rechte ab. Albanien meint, ein Beitritt ohne Vetorecht sei besser als keiner. Aber könnte dann auch die Türkei eine «Aufnahme light» verlangen? Oder das EWR-Mitglied Norwegen? Oder gar die bilateral verbandelte Schweiz?

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wirbt schon lange dafür, neuen Mitgliedern Vetorechte vorzuenthalten und zugunsten schnellerer Entscheidung vom Einstimmigkeits- zum Mehrheitsprinzip überzugehen. Viele andere Mitglieder, vor allem kleinere, sind jedoch strikt dagegen. Ihren Fürsprecher finden sie in Deutschland, das eine «Mitgliedschaft light» ablehnt. Auch Berlin tritt aber für mehr Entschiede mit qualifizierter Mehrheit ein. Eine solche Reform benötigte aber natürlich ihrerseits eines: Einstimmigkeit.